

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

17. Sitzung (nicht öffentlich)

21. November 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (SPD)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Personalsituation der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung 1

Vorlage 11/875

Im Anschluß an einen Bericht eines Vertreters des Innenministers geht der Ausschuß auf einzelne, in einer Petition genannte Probleme ein.

Ausschuß für Innere Verwaltung
17. Sitzung

21.11.1991

ni-sz

Seite

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992
(Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/766, 11/810, 11/838

Zuschriften 11/982, 11/1011, 11/1046, 11/1066

3

Im Mittelpunkt der Beratungen stehen Personalmaßnahmen für den Bereich der Polizei.

3 Parteienvereinbarung zur Asylpolitik zügig umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/2638 - Neudruck -
Zuschrift 11/1046

in Verbindung damit:

Forderungen nach einer realistischen und konsequenten Asylpolitik

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2345
Vorlage 11/768
Zuschriften 11/962, 11/983, 11/987, 11/989

sowie

Ausschuß für Innere Verwaltung
17. Sitzung

21.11.1991
ni-sz

Seite

**Sozialausweis für Asylbewerber zur Verhinderung unberechtigten
Mehrfachbezuges von Sozialleistungen**

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/2005

und

Leistungsmissbrauch bei Asylbewerbern wirksam bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2007 - Neudruck -

6

Die Sprecher und die Sprecherin sollen eine Anhörung
vorbereiten.

4 Terminplanung 1992

9

Gegen den vorgelegten Terminplan erheben sich keine
Bedenken.

Was die Probleme im Verwaltungsbereich anbelange, so glaube man, im gegenwärtigen Zeitpunkt mit anderen Mitteln helfen zu können.

Bezüglich des Prüfungswesens führt Herr Salmon aus, die Zusammenarbeit zwischen Fachhochschule und dem Amt in Hilden habe sich etwas verbessert, doch bemühe man sich um eine weitere Optimierung.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlagen 11/766, 11/810, 11/838
Zuschriften 11/982, 11/1011, 11/1046, 11/1066

(In diesem Protokoll sind nur die in **Vorlage 11/886** nicht enthaltenen Diskussionsbeiträge berücksichtigt. Die Numerierung in diesem Protokoll orientiert sich an der in der Vorlage vorgegebenen. Die Beschlüsse sind sämtlich der Vorlage zu entnehmen.)

Personaltitel

zu lfd. Nr. 1, 2, 3 und 4

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) erklärt für die **F.D.P.-Fraktion**, diese sehe sich ohne ein Konzept des Innenministers zur Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens außerstande, den eingebrachten Anträgen zuzustimmen oder eigene zu formulieren.

Zur Verfügung gestellt werden können, so **Staatssekretär Riotte (Innenministerium)**, Berechnungen über unterschiedliche stellenplanmäßige Konsequenzen. Ein

Anhaltspunkt dabei biete die Regelung Hessens, des Landes mit den bisher ausgedehntesten Bemühungen; Anzeichen dafür, in Nordrhein-Westfalen darüber hinauszugehen, sehe er nicht. Konkrete Vorschläge des Innenministers könnten aber erst im Anschluß an eine Stellungnahme des Finanzministers unterbreitet werden.

Die Umsetzung des Gutachtens bereite im übrigen zahlreiche Schwierigkeiten, so u. a., daß Kienbaum zwar die Beamten des Wach- und Wechseldienstes als zu schlecht besoldet einstufte, daß sich daraus aber die Frage ableite, was mit den Beamten zu geschehen habe, die die Phase des Wach- und Wechseldienstes bereits abgeschlossen hätten und sich nunmehr in anderen Funktionen befänden. Die Gewerkschaften würden unter diesem Aspekt sicherlich eine Teilung zwischen funktionsbezogener und altersbezogener Bewertung anstreben.

In bezug auf lfd. Nr. 2 kritisieren **Abgeordneter Paus** und **Abgeordneter Dr. Lichtenberg (CDU)**, daß von SPD-Seite zwar die Ankündigung im Raume stehe, einen entsprechenden Antrag vorzulegen, sie ihn aber bei der heutigen abschließenden Haushaltsberatung nicht präsentiere.

Abgeordneter Frechen (SPD) sieht Übereinstimmung mit der CDU-Fraktion insofern, als ein Einstieg in die Umsetzung der Funktionsbewertung im Zuge der Beratungen für den Haushalt 1992 erfolgen solle, doch hätten die vielfältig notwendigen Abstimmungsprozesse bis zu dieser Sitzung nicht abgeschlossen werden können. So habe der Finanzminister in der kurzen, zwischen der Veröffentlichung des Gutachtens und den Haushaltsberatungen liegenden Zeit noch keine Stellungnahme erarbeiten können, die indirekten Auswirkungen einer Umsetzung des Gutachtens auf andere Bereiche der Beamtenschaft - von verschiedener Seite in die Diskussion gebracht - müßten untersucht werden, es bedürfe einer Prüfung der Konsequenzen für das Ausbildungswesen der Polizei und im Sinne der Einheitlichkeit einer Abstimmung mit den anderen Bundesländern.

Abgeordneter Paus (CDU) erinnert, betreffend lfd. Nr. 3, an den von der SPD-Fraktion während der letzten Haushaltsberatungen eingebrachten Personalverstärkungsantrags, den sie als Einstieg in ein mehrjähriges Programm bezeichnet habe, welches aber inzwischen nicht mehr existiere. Dem stehe unbestritten ein Personaldefizit bei der Polizei in Höhe von rd. 7 500 Stellen gegenüber, das auch durch Rationalisierung und Neuorganisation nicht aufgefangen werden könne. Angesichts dieser Tatsache müsse der Polizei ein überschaubarer Rahmen für den Abbau des Defizits,

nicht zuletzt durch Arbeitszeitverkürzung und Aufgabenanstieg entstanden, geboten werden.

Die eingeholten Gutachten dürften nicht als Alibi für ein Nichthandeln und dafür dienen, der Polizei Verbesserungen vorzuenthalten.

Die **SPD-Fraktion** hält, wie **Abgeordneter Frechen** erläutert, grundsätzlich einen Personalzuwachs bei der Polizei zwar für wünschenswert, aber aufgrund der Finanzsituation für nicht realisierbar.

Im übrigen bleibe abzuwarten, welche Rationalisierungsreserven aus der Neuorganisation der Kreispolizeibehörden resultierten. Darüber hinaus gelte es, die Ergebnisse der aufgabenkritischen Überprüfung einzubeziehen, das heiße, zu befinden, ob tatsächlich alle heute von der Polizei wahrgenommenen Aufgaben von ihr auch zukünftig erfüllt werden müßten.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.) wiederholt als Begründung für ihre Stimmenthaltung das Fehlen eines Konzeptes.

zu den zurückgezogenen Anträgen der Fraktion **DIE GRÜNEN**

Abgeordneter Appel führt aus, die **GRÜNE-Fraktion** habe mit Blick darauf, daß im Ausschuß ohnehin eine Ablehnung erfolge, dieses Jahr davon abgesehen, weitere als die vorgelegten Anträge zu stellen.

Die hier dennoch unterbreiteten Anträge dienten dazu, die finanziellen Auswirkungen einer für die nächste Plenarsitzung von den **GRÜNEN** eingebrachten Gesetzesinitiativen zur Versorgung von NS-Opfern - analog der Regelungen in Berlin und Hamburg - zu verdeutlichen.

Die **CDU-Fraktion** hält das Anliegen nach den Worten des **Abgeordneten Paus** durchaus für diskussionswürdig, doch sprengten die von den **GRÜNEN** genannten Summen den Rahmen des Machbaren.

Die **SPD-Fraktion** spricht sich in der Sache nicht in vollem Umfang gegen die Vorschläge der **GRÜNEN** aus, erklärt **Abgeordneter Frechen**, doch bedürfe es bezüglich der etatmäßigen Konsequenzen einer längeren Beratung, was heute zu einer Ablehnung der Anträge führen müßte. Um dies und damit ein falsches Signal in der Öffentlichkeit zu vermeiden, rege er an, die Anträge zurückzuziehen.

Staatssekretär Riotte (IM) berichtet, der Innenminister habe den nunmehr von den **GRÜNEN** in Antragsform unterbreiteten Gedanken unter Einbeziehung der Vorgehensweise in anderen Bundesländern bereits früher überprüfen lassen mit dem Ergebnis, daß dies nicht der richtige Weg sei. Abgesehen davon, daß die Wiedergutmachung in die Verantwortung des Bundes falle, halte er die gestellten Anträge mangels eines entsprechenden Gesetzes für nicht haushaltsreif.

Einen Bericht über die Gesamtproblematik sagt **Staatssekretär Riotte** für die Januarsitzung des Ausschusses zu.

3 Parteienvereinbarung zur Asylpolitik zügig umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/2638 - Neudruck -
Zuschrift 11/1046

in Verbindung damit:

Forderungen nach einer realistischen und konsequenten Asylpolitik

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2345
Vorlage 11/768
Zuschriften 11/962, 11/983, 11/987, 11/989

sowie